

Zeitschrift: FemInfo / Verein Feministische Wissenschaft Schweiz = Association suisse femmes, féminisme, recherche

Herausgeber: Verein Feministische Wissenschaft Schweiz

Band: - (2013)

Heft: 34

Artikel: Interview über das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) mit Ina Praetorius und Antje Schrupp

Autor: Redzic, Alma

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1098683>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ALMA REDZIC

Interview über das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) mit Ina Praetorius und Antje Schrupp

Die Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen ist mit 126`000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht worden. Sie könnte eine Chance sein, die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aufzubrechen. Ein Anlass, die Initiative aus feministischer Sicht zu durchleuchten - im Gespräch mit zwei engagierten Frauen, die sehr aktiv Unterschriften gesammelt, mitdiskutiert und mitgearbeitet haben.

Ina ist promovierte Theologin und Sozialethikerin, tätig als freie Hausfrau und Autorin in Wattwil/SG. Seit Januar 2012 ist sie postpatriarchal-dissidente Mitfrau im Initiativkomitee der "Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen". Sie ist Mitglied von FemWiss.

Antje ist Politikwissenschaftlerin und Journalistin aus Frankfurt. Sie arbeitet als Redakteurin der Zeitung "Evangelisches Frankfurt", außerdem bloggt sie über Politik und weibliche Freiheit unter www.antjeschrupp.com.

Alma Redzic: Ihr setzt euch sehr engagiert mit dem Thema BGE auseinander. Was hat euch persönlich dazu bewegt?

Ina Praetorius: Die Idee eines BGE ist schon alt, gewinnt aber heute, im postpatriarchalen Durcheinander, neue Brisanz. Denn die BGE-Debatte ermöglicht es, grundlegende Fragen nochmal von vorne zu stellen: Was wollen wir überhaupt unter "Wirtschaft" verstehen, was unter "Arbeit"? Welche Tätigkeiten sind notwendig und sinnvoll, welche nicht? Wie kann das Geld so organisiert werden, dass es dem guten Zusammenleben dient? Wie wollen wir in Zukunft leben? Mit den Leuten auf der Strasse über solche Grundfragen nachzudenken, fasziniert mich sehr. Deshalb scheint mir gerade die Form der Volksinitiative geeignet, um diese Debatte zu führen.

Antje Schrupp: Dass Sozialpolitik sich nicht darauf beschränken kann, im Rahmen der vorgegebenen Strukturen hier und da ein paar Stellschrauben anzuziehen oder zu lockern, ist schon lange meine Überzeugung. Die Idee eines Grundeinkommens hat den Charme, dass sie gleichzeitig utopisch und konkret ist.

A.R.: Was sind aus feministischer Sicht Vorteile eines BGE für die Frauen und die gesamte Gesellschaft? Sozial, politisch, wirtschaftlich?

A.S.: Die größte Stärke der Grundeinkommens-Idee ist, dass sie die Koppelung von Einkommen und Erwerbsarbeit auflöst. Faktisch ist beides ja ohnehin nicht gekoppelt, weil zum Beispiel

Kinder und Hausfrauen, aber auch Vermögende schon immer ein Einkommen haben, das von ihrer Leistung unabhängig ist. Aber die Sozialsysteme und auch die Debatten um Sozialpolitik kreisen doch nach wie vor um das Idealbild des sich selbst versorgenden Erwerbstätigen. Das funktioniert aber nicht mehr: Einerseits nimmt in vielen Bereichen die Produktivität zu, sodass Arbeitsplätze überflüssig werden. Andererseits gibt es eine sehr große Menge an gesellschaftlich notwendiger Arbeit, vor allem im Care-Bereich, die sich nicht für eine betriebswirtschaftliche Organisation im Sinne von Erwerbsarbeit eignen.

Deshalb müssen wir, wie du, Ina, sagst, neu über Arbeit, Sinn, Notwendigkeit und Einkommen nachdenken. Die Grundeinkommensidee erzwingt solche Debatten geradezu.

I.P.: Genau. Das BGE ist kein Lohn, sondern stellt die Logik, dass man Arbeit stundenweise oder nach berechenbaren Kriterien bezahlen kann, in Frage. Sein Zweck ist es, die Existenz aller Menschen auf einem Basisniveau zu sichern, unabhängig davon, was sie tun. So entstehen neue Handlungsspielräume: wenn zum Beispiel eine allein erziehende Mutter nicht mehr gezwungen ist, irgendeine sinnlose Erwerbsarbeit anzunehmen, um die Existenz ihrer Familie zu sichern, dann gewinnt sie Freiheit: Freiheit zum Nachdenken, zur Selbstorganisation mit oder ohne Erwerbsarbeit, zum politischen Engagement.

Ganz wichtig ist: anders als im heutigen System der "Sozialhilfe" für "die Schwachen" gewinnt sie Freiheit, ohne sich "daneben" fühlen zu müssen, weil sie nicht der (obsoleten) Norm der

Erwerbstätigen entspricht. Und dann gilt es diese neuen Spielräume zu nutzen. Das ist anspruchsvoll!

A.R.: Gibt es aus feministischer Sicht Nachteile oder Gefahren eines BGE für die Frauen und die gesamte Gesellschaft? Sozial, politisch, wirtschaftlich?

A.S.: Ja, die Gefahr ist, dass die bisher überwiegend von Frauen ohne Bezahlung geleisteten Arbeiten als mit dem Grundeinkommen abgegolten betrachtet werden. Das würde nicht nur die traditionelle geschlechtliche Arbeitsteilung verfestigen, es würde auch verhindern, dass diese Arbeiten explizit in die Gesamtökonomie einbezogen werden. Genau das geschieht aber momentan durch die Professionalisierung ehemaliger "Hausfrauenarbeiten": Es wird uns langsam bewusst, welch großen Anteil sie am allgemeinen Wohlstand haben. Dieser Bewusstwerdungsprozess könnte durch ein Grundeinkommen wieder abgewürgt werden. Und dann bestünde tatsächlich die Gefahr, die manche BGE-Gegnerinnen sehen: dass nämlich nicht klar ist, wie, unter welchen Bedingungen und von wem diese notwendigen Arbeiten in Zukunft erledigt werden, wenn der Zwang zur Erwerbsarbeit wegfällt.

I.P.: ... und genau diese "Neutralisierung" ist in der bisherigen Debatte über die Schweizer Volksinitiative leider wieder passiert. Ich habe ja vor meinem Eintritt ins Initiativkomitee in mehreren Texten klar gesagt, dass ich das BGE nur als postpatriarchales

Projekt unterstütze. Denn wenn man "neutral" darüber spricht - wie z.B. in der TV-Arena vom 27. April 2012 -, dann besteht genau die Gefahr, die Antje gerade beschrieben hat: Das BGE wird als Hausfrauenlohn missverstanden, alles bleibt beim Alten, oder die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung verschärft sich sogar. Bis heute ist es mir nicht gelungen, meinen Kollegen im Initiativkomitee klar zu machen, dass der Care-Sektor der Wirtschaft kein "Nebenpunkt", also nicht mein Spezialhobby als Feministin ist, sondern den Kern des Projekts BGE betrifft. Martha Beéry hat gegen die TV-Arena Beschwerde bei der Unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen in der Schweiz (UBI) wegen mangelnder Sachgerechtigkeit eingereicht und Recht erhalten. Wohlgemerkt: Es geht dabei nicht darum, dass Frauen zu wenig zu Wort kamen, sondern dass die Sendung nicht sachgerecht informiert hat, weil sie die Geschlechterdifferenz nicht zum Thema gemacht hat. Mittlerweile hat sich auch Bundesgericht damit befasst und gegen das UBI entschieden.

A.R.: Kann das BGE dafür sorgen, dass wir die bisherigen Strukturen der Care-Ökonomie, die stets zu Lasten der Frauen ausgerichtet waren und sind, umkehren könnten?

A.S.: Ja, wenn das Thema bewusst diskutiert und problematisiert wird. Wenn man hingegen glaubt, das würde sich im Zuge eines Grundeinkommens quasi von selber regeln, würden solche Strukturen eher noch verfestigt.

I.P.: Was mir am BGE gefällt, ist, dass es Frauen als handlungsfähige Subjekte ernst nimmt. Es liefert keine massgeschneiderten Modelle für die Neuaufteilung der Arbeit, sondern traut Frauen und Männern zu, sich auf der Basis einer gesicherten Existenz selbst zu organisieren. Das ist riskant, kommt aber der feministischen Idee weiblicher Freiheit mehr entgegen als z.B. die Idee eines ausgebauten staatlich finanzierten Care-Sektors auf der Basis traditioneller Lohnarbeit.

A.R.: Wie erlebt ihr den öffentlichen Diskurs zum BGE? Was sind die Vorurteile der GegnerInnen?

I.P.: Es ist ebenso spannend wie anstrengend, als konsequent postpatriarchal Denkende mit Männern zusammen BGE-Politik zu machen. Immer wieder - im Komitee, in den Medien, auf der Strasse, im Netz - stosse ich auf diese uralte mentale Struktur des "Nebenwiderspruchs", zum Beispiel in dieser Form: "Jetzt führen wir erst mal das BGE ein, und dann löst sich dein Frauenproblem schon von selber..."

Nicht einmal "Starjournalisten" wie Constantin Seibt, Daniel Binswanger oder Andreas Zumach verstehen, dass es nicht um "mehr Frauen im Fernsehen", sondern um die sachgerechte Wahrnehmung der Wirklichkeit geht: darum, dass Wirtschaft nicht erst mit dem Geld beginnt, sondern alle "Massnahmen zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse" (Peter Ulrich) umfasst. Auch grosse Teile der Frauenbewegung haben noch nicht verstanden, dass die BGE-Debatte eine grossartige Chance ist,

um all die Themen, die wir in den vergangenen 40 Jahren diskutiert haben, neu auf den Tisch zu legen. Trotzdem: Die eineinhalb Jahre, seit ich im Initiativkomitee politisiere, waren eine gute Erfahrung. Und es gibt ja auch immer wieder freudige Überraschungen, zum Beispiel den Entscheid der UBI. Jetzt sind wir gespannt, ob auch das Bundesgericht mediale Sachthemengerechtigkeit an die angemessene Darstellung der Geschlechterdifferenz bindet.

A.S.: Ich erlebe den Diskurs als sehr produktiv. Die Grenzen zwischen Befürworter_innen und Gegner_innen verlaufen quer zu den üblichen Lagern und Parteien, das ist ein Zeichen dafür, dass es um wirklich spannende Grundsatzfragen geht.

Ina Praetorius: i.praetorius@bluewin.ch

Antje Schrupp: post@antjeschrupp.de

Weitere Informationen finden Sie unter:

http://www.wide-network.ch/pdf/Publi-Hinweise/WIDE-Debattierclub_Grundeinkommen_2015_05_24.pdf

ESTHER GISLER FISCHER

Verein und Petition „Hausarbeit aufwerten - Sans Papiers regularisieren“

Immer öfter entlasten MigrantInnen (90% davon Frauen) als Hausangestellte einheimische Erwerbstätige von ihrer Doppelbelastung und dies oft unter irregulären Bedingungen. Sie putzen, bügeln, kochen, hüten Kinder, betreuen Alte und Kranke. Diese Stellen wurden schon früher traditionell mehrheitlich durch jeweils zuletzt zugewanderte Frauen besetzt. In städtischen Gebieten arbeiten inzwischen die Mehrzahl der Sans-Papiers in Privathaushalten.

Dass immer mehr diese gesellschaftlich wichtige Arbeit nur unter der Bedingung von Illegalität, Angst und faktischer Rechtlosigkeit leisten können, ist skandalös und bedeutet für die Betroffenen eine massive Einschränkung ihrer Lebensqualität. Denn die Arbeitsbedingungen in diesem Bereich ist besonders prekär und es mangelt in dramatischer Weise an sozialem Schutz. Ohne Aufenthaltsbewilligung steigen die Risiken von Ausbeutung, sexueller Belästigung und Gewalt.